P-001-431

Klar. Grün. Konstruktiv: Auf dem Weg in eine starke Opposition

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2025,
Berlin, 6. April 2025 Berlin

Antragsteller*in:	BAG-Sprecher*innen-Rat
Beschlussdatum:	02.04.2025

Änderungsantrag zu P-001

Von Zeile 431 bis 432 einfügen:
In diese nach Vielfalts- und Frauenstatut besetzte Kommission sollen erfahrene Parteimitglieder und Vertreter*innen aller Ebenen (Landesverbände, Bundesvorstand, Bundestagsfraktion, Bundesarbeitsgemeinschaften, Bundesfrauenrat, Bundesdiversitätsrat, grüne Vereinigung) angemessen vertreten und eingebunden sein. Näheres kann der Bundesvorstand, ggf. der Parteirat regeln. Die Strukturkommission soll mit Unterstützung des Bundesvorstands und der Bundesgeschäftsstelle, der Landes- und Kreisverbände Formate organisieren, um eine Beteiligung der Parteimitglieder und Funktionsträger*innen an der Diskussion um die Strukturen der Partei zu gewährleisten.
Der Vorstand entwickelt zusätzlich mit der Initiative „Mitglieder treiben

Begründung

Der Begriff der "vielfältigen Vertreter*innen" ist im Antrag nicht ausreichend ausbuchstabiert. Mindestens sollten auch bei der Besetzung der Kommission Vielfalts- und Frauenstatut stringent Anwendung finden. Die Erfahrungen der mit Fragen der Vielfalt und politischen Repräsentanz befassten Gemien wie Bundesfrauenrat, Bundesdiversitätsrat und anderen Gremien sollten aufgenommen und genutzt werden. Die Strukturreformen werden etliche Gremien direkt in ihrer Arbeit betreffen. Diese sollten daher in die Reformprozesse eingebunden und in der Kommission repräsentiert werden.

B90/DIE GRÜNEN sind eine Partei, die auf das Prinzip der Basisdemokratie setzt. Bei anderen Prozessen wie der Erarbeitung des Grundsatzprogramms hat sich gezeigt, dass dies eine Stärke unserer Partei ist, die uns von politischen Mitbewerber*innen unterscheidet. Die Bundesdelegiertenkonferenzen der letzten Jahre haben außerdem gezeigt, dass eine Beteiligung insbesondere der Parteibasis allein über Änderungsanträge und Parteitagsdebatten aufgrund des Parteiwachstums an Grenzen stößt. Komplexere Inhalte lassen sich in wenigen Redebeiträgen nicht oder nur unzureichend diskutieren. Gerade bei einem so grundsätzlichen Reformprozess, wie er hier durch den Bundesvorstand vorgeschlagen wird, scheint es ratsam und im Geiste unsere gemeinsamen Grundwerte, für ausreichende Beteiligung, Diskussionräume für und Rückhalt durch die Parteibasis zu sorgen.